



## INTERN

LANDRATSAMT  
E R D I N C

Fachbereich 21  
Jugend und Familie

### Empfehlungen des Bayerischen Landkreistages für erhöhtes Pflegegeld versus

### Konzept der Intensivpädagogischen Vollzeitpflege in Erding

Erding, 4.3.2011

Ansprechpartner/in:  
Frau Rehm  
Zi.Nr.: 102

Tel. 58-1301

Az.:

Seite 1 von 3

Das Pflegegeld für Pflegeeltern untergliedert sich in zwei Teile:

- dem Erziehungsaufwandsbetrag für die Pflegeperson von 240 Euro monatlich und
- dem Beitrag für den Unterhalt des Kindes von rund 450 bis 660 Euro monatlich (gestaffelt nach Alter des Kindes).

In der Regel sind alle Kinder, die in Pflegeverhältnisse vermittelt werden, in ihrer Entwicklung beeinträchtigt (z.B. durch pränatale Alkoholvergiftung und/oder Deprivation und Traumatisierung in der Herkunftsfamilie). Mit Schwierigkeiten mit dem Kind und dessen Herkunftsfamilie (viele leibliche Eltern sind alkoholkrank oder psychisch krank) muss gerechnet werden. Bei rund 80 Pflegeverhältnissen wird in ca. 3 Fällen das erhöhte Pflegegeld ausbezahlt, weil die Probleme wesentlich ausgeprägter vorhanden sind als üblich. Der finanzielle Aufwand für beide Modelle dürfte ähnlich sein.

Die Einstufung nach den Richtlinien des Bayerischen Landkreistages für erhöhtes Pflegegeld basiert auf einer Aufzählung von Defiziten des Kindes, die in die einzelnen Bereiche:

- Körperbereich
  - Entwicklungsauffälligkeiten
  - Lern- und Leistungsbereich
  - Beziehungsprobleme
  - sonstiges wie Alkoholmissbrauch
  - besondere Belastungen der Pflegeeltern
- aufgegliedert ist. Diese Bereiche sind jeweils wieder in bis zu 7 Teilbereiche aufgefächert z. B. unterdurchschnittliche Intelligenz oder Hyperaktivität. Für jeden der insgesamt 42 Teilbereiche können bis zu 3 Punkte vergeben werden. Um überhaupt erhöhtes Pflegegeld zu bekommen, müssen mindestens



38 Punkte vergeben werden sein. Mit 38 Punkten steht den Pflegeeltern monatlich rund 50 Euro mehr zu. Mit 62 Punkten wären es rund 385 Euro mehr monatlich.

Die Punktevergabe erfolgt durch die fallführende Sozialpädagogin aufgrund der Schilderung der Pflegeeltern in einem gemeinsamen Gespräch.

In dem von uns bis jetzt praktizierten Modell müssen drei Bedingungen erfüllt werden, um statt dem üblichen einfachen Satz des Erziehungsaufwandes (240 Euro) den dreifachen Satz des Erziehungsaufwandes zugesprochen zu bekommen. Dies sind

- eine Entwicklungsbeeinträchtigung des Kindes laut einem kinderpsychiatrischen Gutachten
- eine nachgewiesene pädagogische Ausbildung bzw. Kompetenz der Pflegeeltern
- eine Belastung durch die Eigenarten des Kindes in der Pflegefamilie, die weit über der „üblichen“ Belastung liegt z.B. durch mehrere Fahrten in der Woche über einen längeren Zeitraum zu Ärzten und Therapeuten.

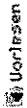
Die Anerkennung als IPV erfolgt einvernehmlich in einer Konferenz mit Pflegekinderfachdienst, Wirtschaftlicher Hilfe und Sachgebiets- bzw. Fachbereichsleitung aufgrund der vorliegenden Schilderungen und Gutachten.

Aus folgenden Gründen sind wir zugunsten eines eigenen Erdinger Modells 2006 in Absprache mit der Sachgebietsleitung und Wirtschaftlichen Hilfe von den Richtlinien des Bayerischen Landkreistages abgewichen:

- Es kam in einem Fall zu einer Beschwerde beim Verwaltungsgericht, weil die Pflegeeltern sich mehr Punkte erhofft hatten. Die daraus entstandene Auseinandersetzung zwischen Pflegeeltern und Fachkraft erschwert eine vertraulose Zusammenarbeit erheblich.
- Durch die Bearbeitung des „Mängelkatalogs“ wird der Focus der Be trachtung alleine auf die Defizite beim Kind gelenkt. Diese sagen aber noch nichts aus über die daraus resultierende Belastung, die die Pflegeeltern empfinden.
- Das Engagement der Pflegeeltern wird nicht gewürdigt sondern be strafft. Je kompetenter und engagierter die Pflegeeltern sich um das Pflegekind bemühen, desto mehr nehmen die Defizite ab und desto weniger Pflegegeld wird zuerkannt.
- Die Mängelliste muss für jedes Kind erstellt werden. Der Verwaltungs aufwand ist erheblich höher.
- Ein Teilbereich wie Alkoholismus bei einem Jugendlichen wird nur mit 3 Punkten bewertet, kann aber das Pflegeverhältnis zum Scheitern bringen. Die Vergabe eines erhöhten Pflegegeldes sollte bewirken, dass das Kind in der Pflegefamilie bleiben kann und nicht in eine Einrichtung wechseln muss.



Modell	Landkreistag	IPV
Nachweis:	Bericht der Pflegeeltern	Kinderpsychi. Gutachten Bericht der Pflegeeltern
Verwaltungsaufwand:	hoch	gering
Entscheidung	durch die fallführende Sozialpädagogin	durch ein Gremium von Fachdienst, Wirtsch. Hilfe und Leitung
orientiert an	Defiziten des Kindes	Belastung in der Pflegefamilie und Entwicklungsauffälligkeiten des Kindes
Auswirkung:	demotivierend, da vermeintlich zustehendes höheres Pflegegeld nicht gewährt wird	motivierend, da höheres Pflegegeld nie in Aussicht gestellt wurde



Fachliche Empfehlungen  
**Anhang zu den Empfehlungen für die Vollzeitpflege nach dem SGB VIII**  
zu Nr. 2.1 und 4.

Empfehlungen des Bayerischen Landtags und des Bayerischen Stadetags  
(AZ V-431-20/ks)

**Beispiel zu Nr. 2.1 und 4.2 für das Bewertungsverfahren**

Bewertungsbogen

Name, Geburtsdatum: .....

Pflegeeltern: .....

Vordiagnosen:

Diagnosemonat:

**URSACHEN, STRESSOREN (VERGANGENHEIT):**

1. Risikoschwangerschaft, Früh-/Mangelgeburt
2. Belastende traumatische Lebenserfahrungen (Misshandlungen, Tod, Unfall einer nahe stehenden Person o. a.)
3. Autoritärer Zwang-, Gewalt-, Nötigung durch die Eltern
4. Überforderung, demütigende Kritik
5. Geschwisterproblematik ermittelte Ungerechtigkeiten
6. Konflikte in der Familie Trennung/Scheidung der Eltern
7. Neue Familienmitglieder
8. Verneinung
9. Nichtversorgung Mangel an elterlicher Aufsicht und Steuerung
10. abweichendes Verhalten Geistige und körperliche Behinderung in der Familie in gravierender Form
11. äußere Belastung der Familie Wohnsituation, Verfolgung usw.)
12. Bereits erfolglos durchlaufene ambulante oder (teil-)stationäre Maßnahmen

**AKUELLE PROBLEMATIK:**

a) **Körperbereich/Psychosomatik**

13. Asthma, Schuppenflechte
14. Kopfschmerzen Armtülligkeit für infektiöse Erkrankungen
15. Ein- und Durchschlafstörungen Körperlich-organische Verletzungen
16. Essstörungen (Unlust, Verweigerung, Gier, Erbrechen, Würgen)
17. andere psychosomatische Störungen
18. Behinderung
19. Einmäsen
20. Einkoten
21. Kopfschmerzen
22. Ein- und Durchschlafstörungen
23. Essstörungen (Unlust, Verweigerung, Gier, Erbrechen, Würgen)
24. andere psychosomatische Störungen

b) **Entwicklungsaufläufigkeiten**

25. Entwicklungsvorläufe insbesondere Groß-/Feinmotorik u. a., soweit nicht anderweitig aufgeführt
26. Sprache (Stottern, Poltern, Sprachverwägung, Mangel im Sprachverständnis, Wortschatz)
27. Hyperaktivität (motorische Unruhe, Distanzlosigkeit, Aufmerksamkeitsstörungen)
28. oder Antriebsarmut
29. (hohere ausreißen, Kraulen, Knirschen, Lutschen, Nägelkauen, Stereotypien, Tics o. a.)
30. c) **Lern-/Leistungsbereich**
31. Lese-/Rechtschreib-/Rechenschwäche, Wahrnehmungsstörung

20. Unter durchschnittliche Intelligenz  
 21. Probleme mit Lernverhältnissen/Hausaufgaben  
 (Konzentrationschwierigkeiten, Mangel an Ausdauer, Verschießen, Unselbstständigkeit, Unselbstsein, Unterschlagen von Hausaufgaben o. a.)  
 22. Schul- und Prüfungsängste  
 Schulpuschenverweigerung  
 Schule: Arbeit schwänzen  
 23. Ursichere Schullaufbahn  
 (Leistungsauffall, Klassenziel gefährdet/nicht erreicht)  
 unsichere Lehrstellenfindung  
 drohende Arbeitslosigkeit  
 24. Probleme, Konflikte mit Mitschülern/Kollegen, Lehrer/Ausbildern, Clownereien, Prahieren  
 Lebenspraktische Defizite  
 (Sauberkel, Ordnung, Umgang mit Geld o. a.)

*✓ 26*

- d) **Beziehungsprobleme/Sozialverhalten**
26. Dissoziale Verhaltensauffälligkeiten  
 (Lügen, Betrügen, Diebstähne, Objekte von Strafanzeigen o. a.)  
 27. Aggressivität  
 (verbale, körperliche Gewalt, Beschädigung, Zerstörung von Sachen)  
 28. Angste  
 (allgemeine Überängstlichkeit, spezifische Ängste, Phobien)  
 29. Kontaktierung, soziale Ängste  
 (keine Beziehung aufzubauen/nah können, Scheu, Konfliktscheitern, sozialer Rückzug, Mütismus, Isolation, emotionale Distanz, Distanzlosigkeit, Autismus)  
 30. Probleme in der Freizeitgestaltung  
 (langeweile, Herumtreiben, sich nicht alleine beschäftigen können)  
 Verwahrlosungstendenzen  
 31. Depressive Verstimmungen  
 Minderwertigkeits-/Schuldgefühl  
 32. Autoaggressivität  
 Suizidgefährden/-versuchen  
 selbstverätzendes Verhalten
- e) **Sonstiges**
33. Sexuelle Verhaltensauffälligkeiten  
 34. Konsum, Missbrauch  
 Abhängigkeit von Alkohol, Drogen, Medikamenten  
 35. Zwangsgedanken/-handlungen  
 störfgebundene Sünden  
 36. Weitere Symptome (Bitte benennen):  
 37. Bei erschwertem Aufnahmevermögen  
 (z. B. Vermittlung von Geschwistern, besonderes Alter, besondere Entwicklungsphase des Kindes/Jugendlichen)  
 38. Bei erschwertem Beziehungsaufbau  
 39. Bei erhöhtem Therapiebedarf  
 40. Bei erheblicher Behinderung des Kindes  
 41. Sitzungen des Pflegefamilienhofs durch die Herkunftsfamilie  
 42. Sonstiges

#### BESONDERE BELASTUNG DER PFLEGEELTERN:

37. Bei erschwertem Aufnahmevermögen  
 (z. B. Vermittlung von Geschwistern, besonderes Alter, besondere Entwicklungsphase des Kindes/Jugendlichen)  
 38. Bei erschwertem Beziehungsaufbau  
 39. Bei erhöhtem Therapiebedarf  
 40. Bei erheblicher Behinderung des Kindes  
 41. Sitzungen des Pflegefamilienhofs durch die Herkunftsfamilie  
 42. Sonstiges

Es können bis zu 3 Punkte je Tatbestand vergeben werden.

Es kann eine Mindestpunktzahl festgelegt werden, bis zu welcher kein Zuschlag anfällt (z. B. 35 Punkte). Bei Überschreitung dieser Punktzahl wird ein Zuschlag nach dem Maß der Überschreitung berechnet. Dabei wird der Grenzwert als Maßstab für die Pflegepauschale zugrunde gelegt. Für die überschreitenden Punkte wird das prozentuale Maß der Überschreitung zur Rechenergebniszahl genommen.

Beispiel: Bei der Punktzahl von 35 als Grenzwert bedeutet ein Punktestand von 38 eine Überschreitung um 8,56 Prozent, die auf die nächste 10er-Stelle aufgerundet wird. Der Zuschlag ist damit 10 % der entsprechenden Pauschale für den Erziehungsaufwand. Da dieser einfach gerechnet nur 19,52 Euro betragen würde und insofern in keinem Verhältnis zu dem Mehr an Erziehungsleistung stehen würde, wird vorgeschlagen, vom Zweifachen des Erziehungsbeitrags auszugehen; sodass  $240,00 \times 2 = 480,00$  Euro die Berechnungsgrundlage wird. 10 % davon sind somit 48,00 Euro.

Berechnungsbeispiele:

Punkte	Überschreitung der Punkte-grenze in %	Aufrundung auf volle 10 %	Zuschlag Euro	Gesamtzuschlag Euro (zu 240,00 Euro)
38	8,5	10	48,00	
48	37	40	192,00	
51	45	50	240,00	
62	77	80	384,00	
73	108	110		
77	120	120		
87	148,5	150		

zurück zu den Empfehlungen für die Vollzeitpflege nach dem SGB VII"